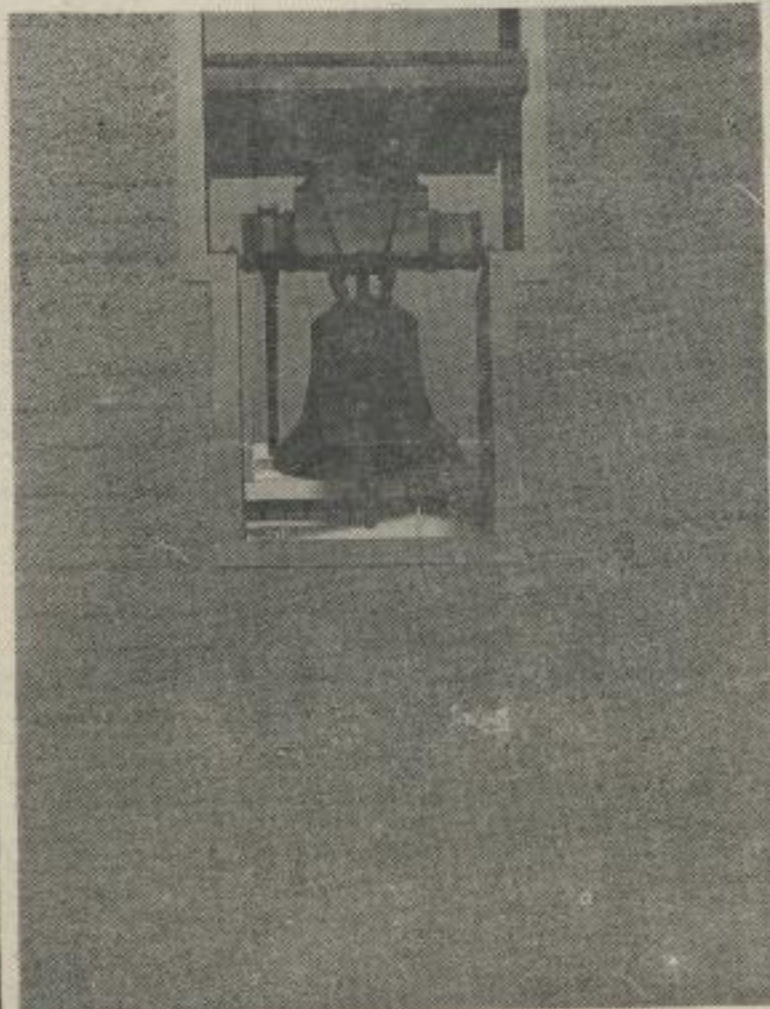




das
aktuelle
interview
UZ

„Wunder“
dauern
etwas
länger:
Nach 40
Jahren
erstmal
freie Wahlen



Wem die Stunde schlägt...

(UZ) FDGB, DSU, Nationale Alternative, FDS, Unabhängige Volkspartei, SPD, Deutsche Bierunion... Die Liste wäre noch länger. Wer aber kennt sich aus in diesem Kuddelmuddel? Wir fragten im Innenhof der KMU:

1. Gehen Sie bei Ihrer Wahl nach Programmen oder Personen?
2. Womach unterscheiden Sie die einzelnen Programme?
3. Gehen Sie überhaupt zur Wahl und warum?

Holger Stöpan, Student Medizin (22): 1) Sicherlich, Sympathien und Antipathien der Leute, die zur Auswahl stehen, spielen da schon mit rein. Also, wenn ich solche Herren frage und sehe wie Ebeling und Konstantin, das kannste wohl vergessen. Der eigentliche Grund, warum ich nun wirklich links wähle, ist der, daß man in dieser ganzen Deutschland-einig-Vaterland-Euphorie paar Sachen einfach vergißt. Nämlich: Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Das will keiner wissen. Ganz nach dem Motto: Der Regen von gestern macht uns nicht naß, und das ist eine Sache, wo ich nicht so matkann. Und wenn jetzt so Sprüche geklopft werden wie „Am deutschen Unternehmerrgeist wird Europa genesen“, das hatten wir schon mal irgendwann. Das klingt wie „Am deutschen Wesen wird die Welt genesen.“ Die machen es sich ein bisschen einfach. Deswegen: links!

2) Erstmals ist es so, daß ich die ganzen Programme gar nicht so bis ins Detail kenne, weil ich echt nicht die Zeit habe, jeden Schrieb zu lesen, der irgendwo hängt. Was ich ablehne, das sind so die ganz radikalen, die sind nicht so richtig gesellschaftsfähig, wie die Nelken oder so was. Das Hauptkriterium für mich ist, daß eben in solchen Sachen wie der Allianz für Deutschland das Volk zu kurz kommt.

3) ...

Beate Paschke, Studentin Sorbitol (20):

1) Ich würde sagen: Das ist eine Mischung aus beidem. Ich schau mir die Leute an, höre mir an, was sie sagen, worüber sie reden, wie sie handeln. Und natürlich schau ich mir auch die Programme an. Obwohl, da kann viel drinstecken!

2) Das ist schwierig, find ich. Wenn man sich die Programme anguckt, das ist doch überall irgendwas Friede, Freude, Eierkuchen. Was Negatives fällt da nicht groß auf, und ich denke, deshalb ist die Wahl besonders schwer. Aber wenn ich sehe, wie verschiedene Parteien bei ihren Demos oder Kundgebungen auftreten, dann sag ich mir: die nicht, z. B. die DSU, die lehne ich absolut ab. Die SPD finde ich nicht schlecht, aber die legt sich nicht so richtig fest... Ich bin sozialistischer Nationalist, und deshalb gehe ich ganz klar davon aus, welche Partei meine Interessen als Mitglied einer nationalen Minderheit in der DDR noch vertritt.

3) Ja, denn wir sind ja alle keine Heilsheer. Niemand weiß ja ganz genau, wie's kommt, wie dieses vereinigte Deutschland irgendwann mal aussehen wird, wie die Regierungen sein sollen. Warum soll eigentlich nur alles von der BRD ausgehen? Ich meine, wie kommen die Leute drauf? Okay, viele denken so. Ich nicht!

Hans Schickmann, Hausmeister NSG (53):

1) Ich würde sagen, ich lege mich da nicht so auf die Leute fest, sondern auf Programme.

2) Jeder verspricht viel. Was nutzt mir denn, wenn ich eine Partei wähle, die heute das verspricht und es nach dem 18. nicht halten kann? Wo gibt's die Garantien? Können Sie mir das sagen? ... Ich bin da eher für Bewegungen. Denn Parteien stehen doch fest, aber Bewegungen können sich noch profilieren. Die haben Zukunft. Ich denk' da an den Demokratischen Aufbruch.

3) Ja, ich gehe zur Wahl, weil ich möchte, daß die Parteien die Möglichkeit haben, sich aufzubauen, sich zu reformieren.

Peter Geyler, Gürtnergehilfe (34):

1) Also, ich halte das Programm für entscheidender, denn Menschen sind austauschbar. Eine Partei ist doch nicht an eine Person gebunden!

2) Durchsehen tu' ich da nicht. Die meisten Parteien versprechen dasselbe: soziale Marktwirtschaft, Ökologie, Währungsunion. Ich

möchte die SPD wählen, weil die Sozialdemokratie eine große Tradition hat. Und beim Vereinigungspartitag damals, da war ja auch die SPD in der Mehrheit.

3) Ich gehe unbedingt deshalb zur Wahl, weil: Wer nicht wählt, der schwächt die Opposition!

Herman Dohmaier, Abteilungsleiter in Raumplanung (59):

1) Sicherlich, wenn man's oberflächlich betrachtet, wird's wohl so sein, daß die Sympathien 'ne Rolle spielen. Aber davor sollte man sich hüten.

2) Eigentlich, find ich, ist die Wahl zu kurzfristig angesetzt. Also, ich fand ja schon Mai sehr kurz. Das geht doch nicht! Die neuen Leute und Parteien... Ich habe noch keine endgültige Meinung.

3) Ja, weil ich der Meinung bin: Wenn ich nicht zur Wahl gehe, dann überlasse ich ja eigentlich alles dem Selbstlauf. Wenn das alle so machen würden!... Das ist ein Unding. Das halte ich nun für das Faltscheste, was man machen kann!

Jürgen Petzold, Maler (34):

1) Mehr Programme!

2) Bis jetzt hab ich mich damit noch nicht so befaßt. Zu wenig Material ist da, wonach man sich richten kann.

3) Ja, ist mal was anderes. Das ist mal 'ne andere Wahl als sonst.

Dr. Manfred Dornig, Hochschulpädagoge (48):

1) Also, entscheidend ist das Programm, aber nicht unwesentlich auch die Person.

2) Ich bin PDS-Wähler. Da ist die programmatische Aussage entscheidend, weil ich der allen Partei angehört. Für mich war also wichtig, ob sich Erneuerung im Programm widerspiegelt. Aber die selbe Geschichte ist auch für die Person entscheidend. Und Menschen wie Modrow und Gysi sind für mich wichtig im Unterschied zur alten Garde!

3) Ja, um einen ganz bestimmten Weg zur Vereinigung zu gehen und mitzubestimmen. Einen, der die Souveränität der DDR nicht sehr stark beeinträchtigt und die sozialen Erbschaften bei aller Beseitigung stalinistischer Strukturen nicht beschädigt.

KMU-Weiterbildung für Juristen im Bürgerlichen Recht

(UZ-Korr.) Einen Grundkurs Bürgerliches Recht bietet die Sektion Rechtswissenschaften praktisch tätigen Juristen zur Weiterbildung an. Das Kursprogramm enthält die Themen: Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) Allgemeiner Teil, BGB Schuldrecht Allgemeiner Teil und Besonderer Teil/Kaufrecht I, II; Werkvertragsrecht/Unerlaubte Handlungen, BGB Sachenrecht Teil I und II, BGB Liegenschaftsrecht und BGB Erbrecht I, II.

Damit werden Rechtsfragen behandelt, die für die Juristen der DDR zunehmend Bedeutung erhalten. Neue Anforderungen an ihr berufliches Können stellen.

Geplant sind 13 Veranstaltungen, die vom 4. März bis zum 27. Mai wöchentlich, jeweils am Mittwoch, 17.00 bis 18.30 Uhr, im Hörsaal IV der KMU von namhaften Wissenschaftlern, den Fachleuten auf diesem Gebiet, durchgeführt werden.

Interessierte Juristen, die an diesem Kurs teilnehmen möchten, können ihre Bewerbung an Dr. sc. H. Krüger, Stellvertreter des Direktors für Bildung der Sektion Rechtswissenschaften der KMU, Karl-Marx-Platz 9, Leipzig, 7010, richten.

Die Teilnahmegebühr beträgt 290 Mark.

Der Friedensrat sucht Mitglieder und Freunde

(UZ-Korr.) Der seit dem 24. Januar bestehende Deutsche Friedensrat in der DDR versteht sich als eine demokratische unabhängige Vereinigung, die sich basisorientiert konsequent der Wahrung des inneren und äußeren Friedens verschrieben hat.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen solche Problemkreise, wie die Schaffung einer europäischen und globalen Friedensordnung, die Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen, die Förderung der Völkerverständigung, das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, der umfassende Erfahrungsaustausch mit Friedensbewegungen anderer Staaten, um nur einige zu nennen.

Dialogforen, Friedensfeste und -märsche, eine breit angelegte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, die Mitarbeit in parlamentarischen Kontrollgremien und jedwede Form der gewaltfreien Willensbekundung sollen helfen, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und in die aktive Tätigkeit des Friedensrates einzubeziehen.

Mitglied des Friedensrates kann jeder Bürger unseres Landes werden (auch in der DDR lebende Ausländer), der die Satzung anerkennt.

Jeder, der die Arbeit des Friedensrates unterstützen möchte, aber kein nominelles Mitglied des Friedensrates werden will, kann einem zu bildenden Freundes- und Förderkreis beitreten.

Wer sich mit dem Deutschen Friedensrat in der DDR in Verbindung setzen möchte, kann dies über folgende Adresse: Deutscher Friedensrat in der DDR, Invalidenstr. 120, Berlin, 1040.

Gedanken zur Woche

Manch Historiker mag gequält lächeln, aber wissen Ottilie und Otto Normalverbraucher, was am 6. November 1932 geschah? Damals fanden in den deutschen Ländern die letzten freien, demokratischen Wahlen (jedenfalls was man heutzutage und hierzulande darunter zu verstehen glaubt) statt - zum Reichstag. An jenem Tag sorgten auch nicht wenige der ach so gemüthlichen Sachsen dafür, daß es in Deutschland mehr als nur ungemüthlich wurde. Unbedachte Stimmabgabe führte zum jahrzehntelangen Verstummen, ja zum Verrathen der Demokratie. Geschichte wiederholt sich niemals so primitiv, ich weiß. Ein Folit-Kreis à la Hitler ist hier nicht auszumachen. Es heißt jetzt allenthalben: Wir werden über 40 Jahre belogen und betrogen. Sicher, da ist allen vieles dran. Doch heißt das nicht auch: Wir haben uns belügen und betrügen lassen? Ist da nicht alleräußerste Vorsicht gegenüber jedweder Demagogie angebracht? Der DDR-Bürger hat nach dem 8er Herbst erstmals die Gelegenheit (und die Pflicht), Demokratie zu lernen. Sind wir in dieser kurzen Zeit schon aus dem Abschützendasein heraus? Am 18. März erhalten wir ein erstes Zeugnis.

Das „Lehrmaterial“ in Form knallbunten Wahlplakate wirft

etliche Fragen auf. (Nebenbei: Was mag das kosten, wer zahlt die Rechnung? Bislang hat wohl nur eine Partei ihre Wahlkampf-kosten offenbart - ausgerechnet die „Neue“ mit dem kleinen Mann samt großem Mut an der Spitze und dem schlimmen alten Erbe, das sie nicht leugnen kann und will.) Meine Fragen zielen mehr auf Inhalte. „Umkehr in die Zukunft“ - Was ist gemeint? Da es die verführlichen Ideale des Roten Sterns kaum sein dürften, bleibt da nur die glitzernd verführerische Konsumwelt untermerpleißenden Mercedes-Stern? „Freiheit statt Sozialismus“ - tut mir leid, da ich so alt wie die DDR bin, kann mir keiner verubeln, nicht so recht zu wissen, was Freiheit ist, und auch der Sozialismus begegnete mir zu oft nur in entarteter Form. Trotzdem melde ich Zweifel an, daß eine fast total mißglückte Praxis absolut gültige Rückschlüsse auf die Qualität einer Theorie erlaubt. Demokratie erlernt sich nicht wie das Einmaleins - da werden wir zeitweilig Schüler bleiben. Das aber fordert ständige Fragen, ob denn die oft formelhaften Lehrsätze der Realität entsprechen. Loben wir den Zweifler? Ganz ohne Zweifel ist eines - auch nach dem 18. März wird es in diesem Lernprozeß keine Ferien geben.

HELMUT ROSAN

Rektorenkonferenz konstituierte sich

(UZ) Die Konstituierung der DDR-Rektorenkonferenz erfolgte am 1. März mit der Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten sowie der Annahme eines Statuts. Als Präsident wurde der Rektor der Berliner Humboldt-Universität, Prof. D. Haas, gewählt; die Funktion von Vizepräsidenten haben inne: Prof. H. Hennig (KMU), Prof. F. Erfurt (TU Karl-Marx-Stadt) und Prof. K. Plötner (Wilhelm-Pieck-Universität Rostock). Hauptziele des Gremiums sind neue praxiswirksame Überlegungen zur Wissenschaftsentwicklung und zur Tempoerhöhung der demokratischen Umgestaltung im Hochschulwesen der DDR.

Prominente im Ost-West-Dialog

(UZ) Hochkarätige Prominenz aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik versammelte sich am 10. März im Hörsaal 10 zu einem Ost-West-Wirtschaftsdialog (Chancen für Unternehmenskooperation), der vom Rektor und vom Vorstand der Norddeutschen Landesbank-Girozentrale Hannover-Braunschweig veranstaltet wurde. Angesagt hatten sich u. a. die niedersächsische Finanzministerin Birgit Breeel, Dr. Bernd Thiemann, Vorstandsvorsitzender der NORD/LB, Hannover, Dr. Sibylle Goepel, stellv. Generaldirektorin von Polygraph Leipzig, sowie der Präsident der Universität Braunschweig, Prof. Dr. Bernd Rebe.



UZettel

Keine der führenden Nationen ist zur kulturellen Autarkie so ungeeignet wie die Deutschen.

„Aber das deutsche Genie wird unfruchtbar und sogar gefährlich, sobald es sich isoliert. Das Land der europäischen Mitte muß empfangen, um hervorbringen zu können.“

Anregung und Aufsicht von außen sind diesem hochbegabten, aber unausbalancierten Volk durchaus unentbehrlich.
KLAUS MANN

Schließung bringt mehr als Zahnschmerzen

(UZ-Korr.) In einem Schreiben an die BGL des Bereiches Medizin machen die Mitarbeiter der Orthopädisch-plethrischen Abteilung der Klinik für Augenkrankheiten ihrem berechtigten Ärger Luft.

Mit Empörung bieten wir, daß unsere Betriebsambulanz, Abteilung Stomatologie, aufgelöst werden soll. Dagegen verfahren wir uns. Sämtliche Mitglieder unserer Abteilung sind seit 1973 dort in zahnärztlicher Behandlung. Wir waren und sind so wohl mit der Behandlung als auch mit der Freundlichkeit der Ärzte und der Schwere sehr zufrieden. Durch die günstigen Sprechzeiten

der Ambulanz konnten wir Arbeitsausfallzeiten verhindern. Aus diesem Grund ist es schon volkswirtschaftlich nicht vertretbar, diese Abteilung zu schließen.

Unseres Wissens hat die Betriebsambulanz etwa 10 000 Patienten, die dann anderweitig in den Stadtbezirken versorgt werden müssen. Uns ist allen bekannt, daß Ärzte - insbesondere Zahnärzte - innerhalb der Stadt Leipzig rar sind. Deshalb bitten wir Sie, dafür Sorge zu tragen, daß die Betriebsambulanz, Abteilung Stomatologie, allen Angehörigen der KMU erhalten bleibt.